



Brisante IWF-Studie

Ruhe vor dem Sturm?

Von Ulrich Schlüer, Chefredaktor «Schweizerzeit»

Die Währungsfront scheint sich beruhigt zu haben. Die Staatschefs der Euro-Länder demonstrieren verhaltene Zuversicht. Ist die Überschuldungskrise im Euro-Raum bewältigt?

Wer die Zahlen in den Staatsbilanzen zu interpretieren vermag, stellt fest: Kein einziges der die Überschuldungskrise antreibenden Probleme ist in den vergangenen Monaten gelöst worden. Mit der Politik der «Zinsnullung», durchgesetzt vom Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, ist offensichtlich ein gewisser, die Gemüter vorderhand beruhigender Aufschub erreicht worden.

Etwas besser präsentiert sich die Lage in den USA – hat doch dort der neue Öl-Boom tatsächlich einen sichtbaren Wirtschaftsaufschwung eingeleitet.

Die EU ist todkrank

Für Europa aber bleibt die Tatsache bestehen: Ohne die «Zinsnullungs»-Politik der EZB müssten eine ganze Reihe von Euro-Staaten ihren sofortigen Bankrott erklären. Dies würde Dutzende Grossbanken in Europa mit in den Abgrund reissen. Dass die Zinsnullungs-Politik die auf Marktzinsen existenziell angewiesenen Pensionskassen und Lebensversicherungs-Gesellschaften mittelfristig ruiniert und alle Sparer Schritt für Schritt beraubt – das erscheint vorderhand als das geringere Übel eingestuft zu werden.

Trotz vorgetäuschter Beruhigung bleibt indessen klar: Irgendwann müssen die Probleme, welche die Überschuldungskrise ausgelöst haben und von Woche zu Woche vertiefen, angepackt werden. Die von Währungsexperten längst vertretene Meinung, wonach die Überschuldung eigenen, kaum mehr korrigierbaren Gesetzmässigkeiten unterworfen wird, sobald das Ausmass der Staatsschulden in einem Land die Höhe von achtzig Prozent seines Bruttoinlandprodukts (BIP) überschreitet – diese Theorie wird von der Wirklichkeit heute eindeutig bestätigt. Trotz Tiefstzinsen wachsen die Schulden in solchen Staaten schneller als die Wirtschaft. Selbst bei positiver Wirtschaftsentwicklung kann die Überschuldung dort nicht gestoppt werden.

Der IWF präsentiert eine Studie

Weil die Schulden mehrerer EU-Länder diesen Schicksalspunkt teilweise deutlich überschritten haben, sah sich der Internationale Währungsfonds (IWF) veranlasst, zwei renommierten, eher als konservativ eingeschätzten Wirtschafts- und Währungsexperten, den Amerikanern Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff gewisse Aufträge zu erteilen. Sie sollten Szenarien erarbeiten, die Auswege aus der Überschuldungskrise aufzuzeigen hätten.

Die beiden Autoren der inzwischen dem IWF abgelieferten Studie sind zweifellos ernst zu nehmen. Beide hatten bereits 2008/2009, als in grossem Stil Grossbanken dadurch vor dem Zusammenbruch bewahrt wurden, dass deren Schulden im Rahmen sog. «Bankenrettungen» in die Staatshaushalte übernommen wurden, vor den unentrinnbaren Folgen dieser unbedacht umgesetzten Politik nachdrücklich gewarnt.

In ihrer Studie rufen Reinhart/Rogoff in Erinnerung, dass Überschuldung niemals einfach übertüncht werden könne. Jede sich anbietende «Lösung» treffe die Staaten und deren Bevölkerungen äusserst schwer. Die bis heute getroffenen Massnahmen – «Zinsnullung», mit neuer Verschuldung konstruierte Rettungsschirme sowie gewisse Sparanstrengungen insbesondere in den am schwerwiegendsten überschuldeten Ländern – würden nie und nimmer ausreichen, die eingetretene Überschuldung zu überwinden. Es wären, rechnen

die beiden Spezialisten vor, mehrere hundert Jahre ununterbrochener Wirtschaftskonjunktur erforderlich, bis sowohl die Staatshaushalte als auch die Volkswirtschaften der im Überschuldungssumpf steckenden Länder zu gesunden begännen.

Rigorese Massnahmen unumgänglich

Es seien also weit rigorosere Massnahmen zu treffen, als sie bisher von den Autoritäten der Euro-Länder vorgesehen und teilweise auch angeordnet worden seien.

Die beiden Wissenschaftler orientieren sich am Beispiel Zypern. Dort wurden bekanntlich sämtliche Guthaben von über hunderttausend Euro, die auf Konten der Grossbanken lagerten, handstreichartig um zehn und mehr Prozente «besteuert» – in Wahrheit teil-konfisziert. Da dies keine Revolution ausgelöst habe, erweise sich das Vorgehen in Zypern als ernsthafte Möglichkeit, der Länder-Überschuldung zuleibe zu rücken. Dabei müsse allerdings ein weit höherer Teil der auf Banken liegenden Privatvermögen zugunsten der darbedenden Staatskassen konfisziert werden, als das in Zypern geschehen sei.

Nur markante Konfiskation von Privatvermögen würde spürbare Entlastung an der Überschuldungsfront bewirken. Zypern war in den Augen der Gutachter des Währungsfonds nicht mehr als eine Art «Probegalopp».

Auf dass solche Teil-Enteignung aller Vermögenden erfolgreich vorgenommen werden könne, müssten sofort Vorbereitungen dazu getroffen werden. Insbesondere müsse jeglicher Kapitalexport rasch unterbunden werden. Zweitens müsse beschleunigt jeder Bargeld-Verkehr der Kontrolle der Staaten unterstellt oder kurzerhand verboten werden.

Das Ende jeglicher Privatsphäre

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass Bargeld-Zahlungen in Beträgen von über tausend Euro in mehreren EU-Staaten bereits verboten worden sind.

Anstrengungen, den Bargeld-Verkehr überhaupt zu unterbinden, sämtliche Geldflüsse also elektronisch – und damit kontrollierbar – über Bankkonten fließen zu lassen, sind in mehreren EU-Staaten im Gang.

Die lückenlose Kontrolle des gesamten Zahlungsverkehrs ist in der EU also bereits eingeleitet. Den Bürgern wird dafür der letzte Rest an Privatsphäre bezüglich des eigenen Vermögens in raschen, gezielten Schritten geraubt. Denn nur dann, wenn die Staatsgewalt den Umfang und die Lagerorte aller Vermögen ihrer Untertanen auf Heller und Pfennig kennt, ist teilweise oder vollständige Beschlagnahme aller vorhandenen Privatvermögen zur Entschuldung der Staatshaushalte technisch überhaupt möglich.

Die Schweiz spurt untertänigst

Obwohl die Schweiz, bekanntlich Nicht-Mitglied der EU, nicht auch vom Euro-Schuldenstrudel erfasst worden ist, scheint unsere Finanzministerin auch unser Land auf den EU-Weg der Zerstörung jeglicher Privatsphäre in finanziellen Angelegenheiten bringen zu wollen – wenn auch in kleinen Schritten. Immerhin liegt ein Antrag des Departements von Eveline Widmer-Schlumpf vor, wonach in der Schweiz Bargeld-Verkehr in Beträgen von über hunderttausend Franken verboten werden soll. Die Eidgenössischen Räte müssen demnächst dazu Stellung nehmen.

Zwangsherrschaft zerstört Freiheit

Klar ist: Jegliches Recht fällt bei der Planung von Zugriffsmöglichkeiten überschuldeter (aber auch anderer) Staaten auf die Privatvermögen ihrer Bürger zunehmend ausser Betracht. Die nackte Geldgier dominiert – gerechtfertigt als «Überlebens-Strategie der überschuldeten Staaten».

In der Studie von Reinhart/Rogoff werden solche Massnahmen als weitgehend unumgänglich erachtet, wenn die Überschuldung in relativ kurzer Frist überwunden werden solle. Sie müssten freilich von weiteren Anordnungen begleitet werden: Insbesondere von drastisch gesteigerter Inflationierungspolitik

in den überschuldeten Staaten. Aber auch massiver, in einzelnen Ländern nahezu vollständiger Abbau der die Finanzkraft der meisten Staaten überfordernden Sozialapparate wird als unumgänglich erachtet. Und weil die Staaten ihre Gläubiger zum weitestgehenden Verzicht auf ihre Guthaben mehr oder weniger zwingen müssten, könne der Zusammenbruch der Grossbanken, ja ganzer Finanzplätze nur durch umfassende Verstaatlichung des ganzen Finanzsektors aufgefangen werden. Die Banken blieben damit bestehen – ihre sie andernfalls erdrückenden Schuldenlasten würden einfach auf die Schultern der Bürger gelegt.

Billige Auswege gibt es nicht

Reinhart/Rogoff geben sich nicht als Freunde solcher Massnahmen zu erkennen. Sie stellen nur fest, dass derart einschneidende Massnahmen unumgänglich seien, wenn rasche Entschuldung der in ihren Schulden erstickenden Euro-Staaten das Ziel sei – ein Ziel, zu dem sie allerdings keine Alternative zu nennen vermögen. Zur Abschaffung der Einheitswährung Euro als Weg aus der Überschuldung wurden sie offensichtlich nicht befragt.

«Billige Auswege» aus der Überschuldungs-Krise böten sich heutzutage nicht mehr an. Angesichts der Dimension der (von «Staatslenkern» und Funktionären zu verantwortenden) Überschuldungskrise sei ein «Ende mit Schrecken» einem «Schrecken ohne Ende» vorzuziehen.

Soweit die Ansicht von Reinhart und Rogoff. In der Schweiz stellt sich dazu vor allem eine Frage mit Nachdruck: Warum in aller Welt nur will Bundespräsident Didier Burkhalter mit der nahezu ganzen Landesregierung im Schlepptau die Schweiz ausgerechnet zu dem Zeitpunkt ins Konglomerat EU «institutionell einbinden», da ausgewiesene Währungsexperten diesem überschuldeten Konglomerat eigentlich keine Überlebenschance in Freiheit mehr einräumen?

Ulrich Schlüer